

Alterssicherung in Deutschland: Herausforderungen und Erwartungen

Idee und Methode

„Aktienrücklage“, dauerhaft stabiles Rentenniveau, Vorsorgepflicht für neue Selbstständige und Weiterentwicklung der privaten und betrieblichen Vorsorge – die Alterssicherungspolitik ist eine Großbaustelle. Die Reformvorhaben der „Ampel“-Koalition berühren die Grundfragen des Sozialstaats: Welche Leistungen können Menschen erwarten? Welche Rolle spielen Umlage und Kapitaldeckung? Wer zahlt in die Kassen der Versichertengemeinschaft ein und wie werden die Lasten der sozialen Sicherheit verteilt? Wenn an zugehörigen Stellschrauben gedreht werden soll, führt dies unweigerlich zu breiten und engagierten Debatten – schließlich treffen in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit oft sehr unterschiedliche Vorstellungen zu guter und zukunftsfähiger Alterssicherung aufeinander. In den Diskussionen kommt allerdings oftmals zu kurz, was Beschäftigte und Selbstständige in der Zukunft vom Alterssicherungssystem erwarten.

Um diese Leerstelle zu füllen, haben der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitnehmerkammer Bremen und die Arbeitskammer des Saarlandes eine umfangreiche Befragung in Auftrag gegeben. Diese wurde vom 3. bis zum 23. Januar 2023 von Kantar Public anhand einer systematischen Quotenstichprobe durchgeführt, die die Ansichten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 67 Jahren (ohne Rentner*innen) zuverlässig abbildet. Insgesamt wurden 3.085 Personen per Online-Interview befragt und die Resultate anhand der tatsächlichen Verteilung – etwa nach Alter, Geschlecht oder Region – gewichtet. Im Folgenden stellen wir die zentralen Ergebnisse dieser Erhebung vor.

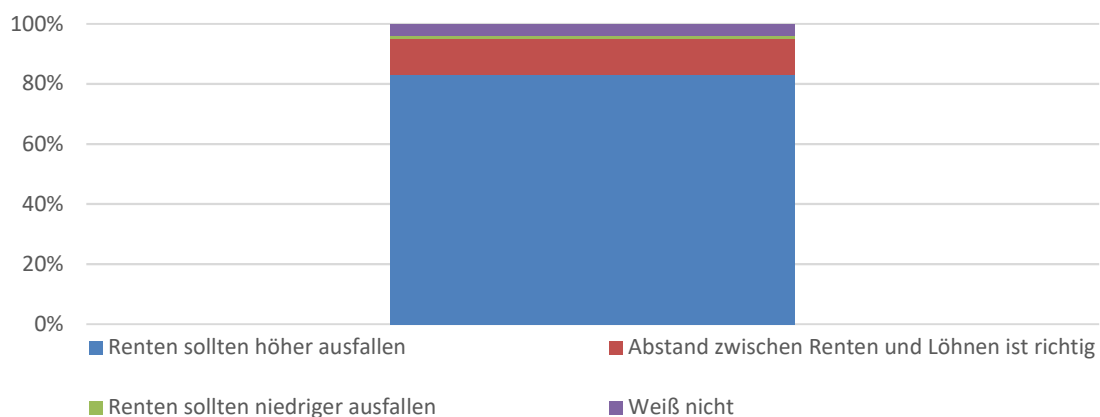
Mehrheit für höheres Rentenniveau – auch Jüngere

Die Renten sollen aus Sicht der erwerbsfähigen Bevölkerung höher ausfallen (83 Prozent) und sich an der Lohnentwicklung orientieren (78 Prozent). Erwünscht ist, dass die Alterssicherung den lohnbezogenen Lebensstandard sichert und Armut im Alter vermeidet. Die Forderungen (der Gewerkschaften, der Arbeitnehmerkammer Bremen und der Arbeitskammer des Saarlands) an die Politik, das Rentenniveau jetzt dauerhaft zu stabilisieren und auch anzuheben, wird von der großen Mehrheit der Erwerbsbevölkerung getragen. Auch muss zur Stärkung der Armutsvermeidung insbesondere die Grundrente verbessert werden.

Das Verhältnis der Renten zu den Löhnen – das sogenannte Rentenniveau – sehen 83 Prozent der Befragten als zu gering an und wollen höhere Renten haben. Der Wunsch nach einem höheren Rentenniveau wird also gesellschaftlich breit getragen. Zwölf Prozent empfinden die Renten als gerade noch ausreichend. Nur ein Prozent empfindet sie als zu hoch.

Der Wunsch nach einer besseren Absicherung im Alter ist in allen sozio-demographischen Gruppen ähnlich deutlich. Mit 87 Prozent stimmen Frauen etwas häufiger für höhere Renten. Ebenfalls etwas wichtiger ist dies Personen mit Bruttoeinkommen zwischen 1.000 und 3.000 Euro. Da bei Einkommen um rund 2.000 Euro die Rente auch nach 40 Jahren gerade so das Existenzminimum deckt, zeigt sich bei dieser Gruppe das Problem eines sinkenden Rentenniveaus am deutlichsten. Entgegen häufiger Vermutungen wollen auch junge Menschen höhere Renten – dem stimmen 83 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 85 Prozent der 30- bis 39-Jährigen zu.

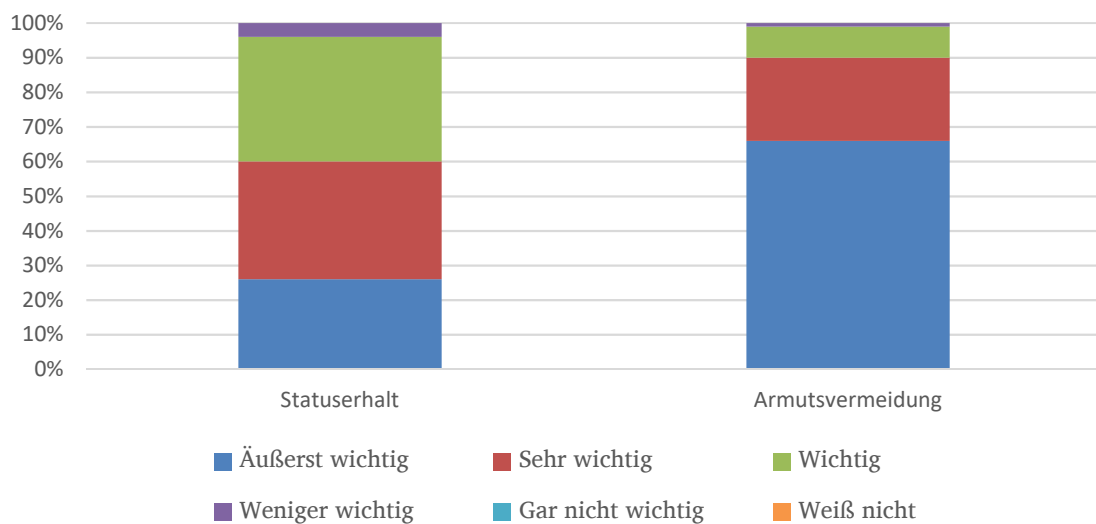
#1: Verhältnis von Renten zu Löhnen



Der allgemeine Wunsch nach höheren Renten bzw. einem höheren Rentenniveau deckt sich dabei auch mit der Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass das Alterssicherungssystem gewährleistet, dass der persönliche Lebensstandard erhalten bleibt?“. 60 Prozent der Erwerbsbevölkerung finden dieses Ziel der Rentenversicherung sehr oder sogar äußerst wichtig. Für weitere 36 Prozent ist dieses Ziel wichtig. Nur vier Prozent finden es weniger wichtig. Kein*e einzige*r Befragte*r findet dieses Ziel unwichtig. Zusammen mit der Frage nach der Höhe der Rente zeigt sich: Die Menschen verstehen offensichtlich, dass sie für eine Lebensstandardsicherung ein höheres Rentenniveau – sprich höhere Renten im Verhältnis zu den Löhnen – brauchen. Dabei gibt es keine relevanten Unterschiede zwischen

verschiedenen sozio-demographischen Gruppen. Noch höher ist die Zustimmung zum Ziel, dass das Rentensystem auch Armut vermeiden soll. Diese Aussage ist 91 Prozent sehr oder äußerst wichtig. Dabei deckt sich das Ziel der Lebensstandardsicherung für Beschäftigte mit unterdurchschnittlichem Einkommen mit dem Ziel der Armutsvermeidung, da höhere Renten das Armutsrisiko logischerweise senken.

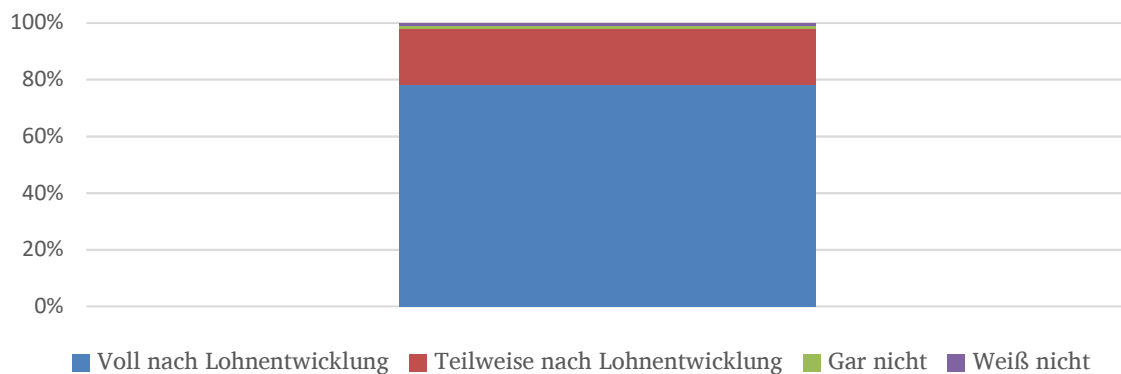
#2: Leistungsziele der Alterssicherung



Der Wunsch der Erwerbsbevölkerung nach höheren Renten, Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung deckt sich mit den Forderungen der Gewerkschaften und der Kammern in Bremen und Saarland: Deutschland braucht ein stabiles und wieder angehobenes Rentenniveau. Niedrige Renten müssen durch die Grundrente aufgewertet werden, damit Menschen mit kleinen Einkommen zumindest nach längerer Beitragszahlung nicht in Armut landen.

Auch mit Blick in die Zukunft deckt sich der Wunsch der Erwerbsbevölkerung mit diesem Befund: 78 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Renten ebenso stark steigen sollen, wie die Löhne – was einem dauerhaft stabilen Rentenniveau entspricht. Nur 20 Prozent finden, die Renten sollten lieber etwas langsamer steigen – was einem sinkenden Rentenniveau entspricht. Die Menschen verstehen also sehr gut, was ein stabiles und was ein sinkendes Rentenniveau bedeutet. Sie erwarten, dass die Renten mit den Löhnen schritthalten und nicht abgehängt werden dürfen.

#3: Anpassung der Renten



Dieser Wunsch nach verlässlicher Absicherung des Lebensstandards im Alter zeigt sich auch in der Frage, ob die Befragten bei der Altersvorsorge eher auf Sicherheit setzen oder hohe Renditen wünschen: Sicherheit ist vielen wichtiger als hohe Renditen. Auf einer Skala von 1 (= sicher bei geringer Rendite) bis 6 (= hohe Rendite) ordnen sich 72 Prozent der Befragten auf 1 bis 3 ein, bzw. 43 Prozent mit einer 1 oder 2. Die Beschäftigten erwarten für ihre Alterssicherung vor allem Verlässlichkeit und Planbarkeit.

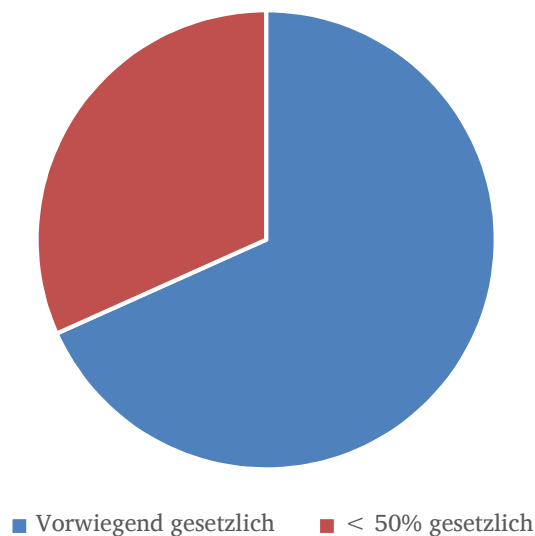
Für vorwiegend öffentliche Vorsorge – und gegebenenfalls auch zu höheren Beiträgen bereit

Die Alterssicherung soll nach Ansicht einer klaren Mehrheit (68 Prozent) vorwiegend öffentlich organisiert sein. Gut zwei Drittel der Befragten würden im Fall der Fälle außerdem eher höhere Beiträge zahlen, als länger zu arbeiten – gerade auch die heute Jüngeren (70 Prozent). Die Politik sollte deshalb die gesetzliche Rentenversicherung weiter stärken und das Rentenalter nicht noch über 67 hinaus anheben.

Die Umfrageergebnisse machen außerdem deutlich: Die Befragten wollen eine verlässliche und auskömmlich finanzierte gesetzliche Rente. Fast 70 Prozent der Befragten erwarten von einem idealen Alterssicherungssystem, dass die Einkünfte im Ruhestand vorwiegend aus dieser Quelle stammen. Immerhin jede*r Neunte befürwortet sogar, dass die Absicherung (nahezu) vollständig öffentlich geschieht. Dies lässt den Schluss zu: Betriebliche und private Vorsorge inklusive Wohneigentum spielen für die Befragten eine untergeordnete Rolle und sollen aus ihrer Sicht rund ein Fünftel bzw. ein knappes Viertel ausmachen. Daraus lässt sich der Auftrag an die Politik ableiten, sich bei den anstehenden Reformen besonders auf

die erste, gesetzliche Säule zu konzentrieren und öffentliche Mittel bevorzugt dafür einzusetzen – etwa für den geplanten Kapitalstock.

#4: Ideale Aufteilung der Altersvorsorge



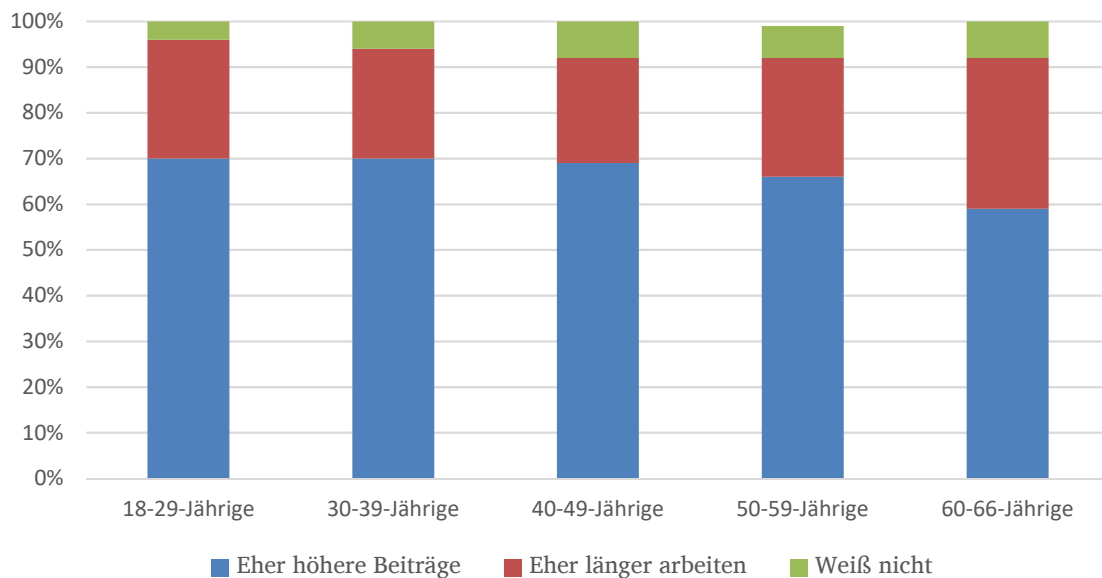
Während in der öffentlichen Diskussion mitunter von „Generationenkonflikten“ die Rede ist, die jüngere Kohorten schließlich gar zur „Kündigung“ umlagefinanzierter Absicherung bewegen würden, zeichnen die Umfrageergebnisse ein deutlich anderes Bild: Zwar sind die unter 40-Jährigen tatsächlich etwas offener gegenüber betrieblicher und privater Vorsorge als rentennahe Jahrgänge. Doch auch sie wünschen sich, dass noch etwa die Hälfte der Alterssicherung gesetzlich erfolgt. Auch unter Jüngeren besitzt die gesetzliche Rentenversicherung offenbar nach wie vor eine große Akzeptanz – sie ist eben auch „sozial nachhaltig“.

Das Vertrauen in die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit gesetzlich organisierter Altersvorsorge ist trotz aller Unkenrufe stabil. Gerade Jüngere teilen das Zerrbild der Sozialversicherung als „Fass ohne Boden“ erkennbar nicht und lehnen die Forderung nach einem höheren Rentenalter ab. Auf die Frage, ob sie im Zweifelsfall lieber länger arbeiten oder höhere Rentenversicherungsbeiträge zahlen würden, spricht sich ein Großteil für höhere Beiträge an die Rentenversicherung aus, statt noch länger zu arbeiten und entsprechend später in Rente zu gehen. Befragte zwischen 18 und 39 Jahren tendieren mit 70 Prozent sogar besonders häufig zu höheren Beiträgen statt späterer Rente. Allerdings sind beide Optionen keine zwangsläufigen Szenarien, da Belastungen durch den demografischen Wandel beispielsweise auch durch eine nochmals verbesserte

Beschäftigungssituation und einen breiteren Versichertenkreis (Erwerbstätigenversicherung) ausgeglichen werden könnten.

Die Befragten schließen sich der breiten Kritik an Forderungen an, das gesetzliche Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus anzuheben, falls die Lebenserwartung zukünftig weiter steigt: 81 Prozent der Befragten lehnen dies ab, wobei der Anteil unter den Jüngeren nur unwesentlich geringer ist. Die Vereinbarung der „Ampel“, die Altersgrenze nicht zusätzlich anzutasten, entspricht also einem eindeutigen Meinungsbild.

#5: Höhere Beiträge oder später in Rente?



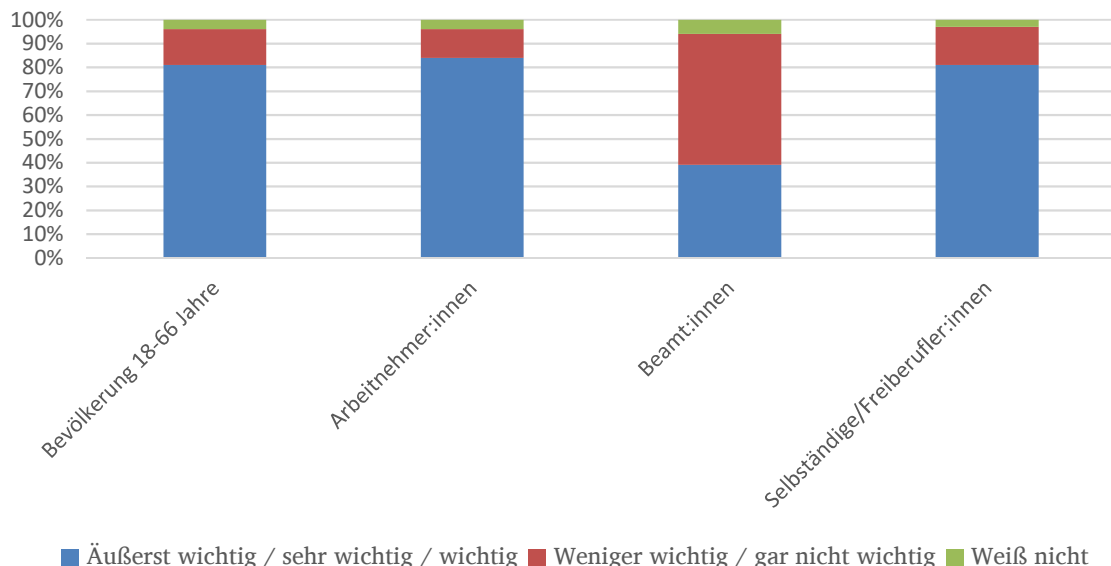
Über die absehbar geltende Altersgrenze von 67 Jahren hinaus zu arbeiten, können sich im Übrigen nur 5 Prozent der Umfrageteilnehmer*innen „in jedem Fall“ vorstellen (und 6 Prozent jener unter 30 Jahren), während 61 Prozent dies kategorisch verneinen. 15 Prozent halten ein längeres Erwerbsleben für eine Option, „wenn die Arbeitsplatzbedingungen stimmen“, und 26 Prozent dann, „wenn ich gesundheitlich dazu in der Lage bin“ (Mehrfachnennungen möglich). Offensichtlich sieht also ein erheblicher Anteil derer, die zur Weiterarbeit bereit sind, Arbeitgeber und den Gesetzgeber in der Pflicht, angemessene(re) Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Erwerbstätigenversicherung: Ausweitung des Versichertenkreises auch unter Selbstständigen gewünscht

Eine Alterssicherung für alle entspricht den Wünschen der Erwerbsbevölkerung (81 Prozent) und explizit auch der Selbstständigen selbst (81 Prozent). Hier ist klar: Die Politik muss die Vorsorgepflicht für Selbstständige jetzt endlich einführen und nicht mehr nur ankündigen.

Die Frage „Sozialversicherungspflicht für alle?“ ist zentrales Thema der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Die überwältigende Mehrheit von 81 Prozent der Befragten votiert für eine allgemeine Rentenversicherung für Erwerbstätige, die auch Selbstständige und Beamte umfasst. Zwar gibt es eine deutlich geringere Zustimmung von 39 Prozent unter den Beamten. Selbstständige inklusive Freiberufler favorisieren mit ebenso überwältigender Mehrheit wie die Erwerbsbevölkerung ihre Einbeziehung in eine zu schaffende Erwerbstätigenversicherung.

#6: Wunsch nach Erwerbstätigenversicherung für die Rente



Woher kommt diese hohe Zustimmung der Selbstständigen und wer überhaupt sind „die“ Selbstständigen? Laut Befragungsdaten sind fast die Hälfte aller Selbstständigen Solo-Selbstständige, fast ein weiteres Drittel haben nur einen bis vier Beschäftigte; nur fünf Prozent der befragten Selbstständigen haben mehr als 20 Beschäftigte. Eine ähnliche

Verteilung ergibt sich, wenn Freiberufler und Landwirte aus der Gruppe der Selbstständigen herausgerechnet werden.

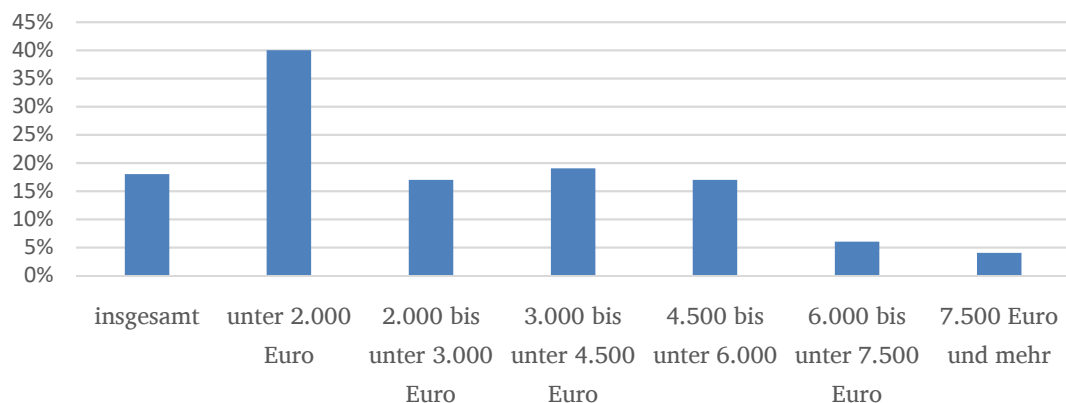
Die hohe Zustimmung zu einer Erwerbstätigenversicherung ist Ergebnis einer unzureichenden Altersabsicherung eines großen Teils der Selbstständigen:

So beantwortet etwa jeder fünfte Selbstständige (21 Prozent) die Frage „Befürchten Sie, im Alter arm beziehungsweise finanziell von anderen abhängig zu sein?“ mit der Antwortmöglichkeit „Ja, ich werde auf staatliche Unterstützung angewiesen sein“. Dies gilt insbesondere für Selbstständige mit Bruttoeinkommen unter 2.000 Euro. Von diesen befürchtet fast die Hälfte (47 Prozent), auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, bei Einkommen von 2.000 bis unter 3.000 Euro sind es fast ein Drittel (31 Prozent). Bei höheren Einkommen über 7.500 Euro bejahen nur 6 Prozent diese Frage.

Tatsächlich ist die Altersabsicherung Selbstständiger sehr unterschiedlich gestaltet: Das Gesetz sieht zunächst nur für wenige Gruppen Selbstständiger eine gesetzliche Altersabsicherung vor. Angehörige der freien, verkammerten Berufe sind zumeist Mitglied eines berufsständischen Versorgungswerkes. Für wenige einzelne Berufe, die traditionell als besonders schutzbedürftig gelten, besteht Versicherungspflicht. Sonstige Selbstständige – mit Ausnahme derer in Handwerksberufen – sind also regelmäßig nicht versichert.

Die Befragung zu Selbstständigen (ohne Freiberufler und Landwirte) ergibt, dass rund ein Drittel (34 Prozent) gesetzlich oder freiwillig in der GRV versichert ist, 43 Prozent über ein privatwirtschaftliches System abgesichert ist (z.B. „Rürup-Rente“) und rund ein Viertel (26 Prozent) die eigene Altersvorsorge über Betriebsvermögen gewährleistet sieht. Aber: 18 Prozent der Selbstständigen – also fast jeder Fünfte – betreibt aktuell keinerlei Vorsorge, die die Grundlage der eigenen Altersversorgung bilden könnte. Keinerlei Altersabsicherung besteht auch bei einem Viertel der Solo-Selbstständigen. Insbesondere Selbstständige mit niedrigen Einkommen besitzen oftmals keine grundlegende Alterssicherung: Dies betrifft zu 40 Prozent Selbstständige mit Bruttoeinkommen bis unter 2.000 Euro und weitere 17 Prozent mit Einkommen von 2.000 bis unter 3.000 Euro.

#7: Selbstständige ohne grundlegende Altersvorsorge (nach Einkommensklassen, ohne Freiberufler und Landwirte)



Das in der Öffentlichkeit teilweise gezeichnete Bild von den „starken, unabhängigen Selbstständigen“ trifft also in dieser Pauschalität nicht zu. Die zentrale sozialpolitische Trennlinie verläuft offenbar nicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern klassisch zwischen „Arbeitskraftvermarktern“ und „Kapitaleignern“. Hinzu kommt die teils schwierige Abgrenzung zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit. Mit steigender Tendenz werden Tätigkeiten als selbstständige Tätigkeit, Honorartätigkeit oder Werkverträge bezeichnet – etwa bei Paketzusteller*innen. Auch bei hoch qualifizierten Freelancern und in der Plattformökonomie ist dieses Phänomen zu beobachten. Im Ergebnis steigt das Risiko von Altersarmut. In der Folge muss dann die Allgemeinheit mit Grundsicherungsleistungen einspringen.

Die große Mehrheit der Selbstständigen wünscht ihre Einbeziehung in eine zu schaffende Erwerbstätigenversicherung. Damit sprechen sie sich im Ergebnis für eine verpflichtende Absicherung in einem öffentlichen System aus und gegen Wahlfreiheit. Das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung skizzierte Opt-Out-Modell bei der Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung, wenn ein privates Vorsorgeprodukt gewählt wird, lehnen die Befragten mehrheitlich ab.